

Ausschussvorsitzender Koop ruft den Tagesordnungspunkt anhand der Vorlage auf und bittet um Wortmeldungen.

Auf Anfrage des Rats Herrn Uphoff bzgl. des Investitionsvolumens und der Finanzierung des geplanten Neubaus des Hallenbades Ankum teilt Dr. Baier mit, dass in der nächsten Sitzung des Bauausschusses (Termin: 15.02.17) verschiedene Beispiele zu Hallenbad-Neubauten vorgestellt werden sollen (Investitionsvolumen zwischen 3,3 bis 8,0 Millionen Euro). Im Anschluss erhoffe er sich einen Auftrag an die Verwaltung, wonach eine konkretere Planung gefordert werde. Uphoff gibt zu bedenken, dass weiterhin die Sanierung der Beckenköpfe sowie der Wunsch nach einem Kinderbecken beim Freibad Bersenbrück auf der Prioritätenliste der Samtgemeinde stehen.

Ratsherr Johanning weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass nicht nur Investitionskosten, sondern auch die anschließenden Betriebskosten zu betrachten sind.

Ratsfrau Middelschulte stellt fest, dass grundsätzlich Einigkeit darüber herrsche, dass das Hallenbad in Ankum saniert bzw. neu gebaut werden muss, da es sich u.a. um eine Schulsportanlage handle.

Uphoff schlägt darüber hinaus vor, entgegen dem seinerzeit der HW von der Samtgemeinde gewährten tilgungsfreien (endfälligen) Darlehen hierfür von der Verwaltung einen Tilgungsplan bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses erstellen zu lassen. Nach seiner Ansicht sei ein endfälliges Darlehen für die HW hier nicht sinnvoll, da die HW nach Ablauf der 30 Jahre nicht über die erforderlichen Tilgungsmittel in Höhe von rund einer Million Euro verfügen werde. Die Differenz aus den von der Samtgemeinde zu leistenden Zins- und Tilgungsbeträgen (36.000 €/Jahr) und den von der HW an die Samtgemeinde zu zahlenden Zinsen (14.000 €/Jahr) sei darüber hinaus eine zu hohe Belastung für den Samtgemeindehaushalt.

Abschließend erkundigt sich Uphoff nach dem Sachstand zu seiner Anregung aus der letzten Sitzung bzgl. der möglichen Beschäftigung von Flüchtlingen bei der Fa. adidas im Niedersachsenpark. Lt. Auskunft Dr. Baiers habe Herr Beelmann erste Gespräche geführt. Er schlägt vor, aufgrund der Komplexität des Themas zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses (Termin: 06.02.17) die Verantwortlichen der für die Integration und Vermittlung von Arbeit zuständigen MaßArbeit gGmbH (Frau Ostendorf, Herr Averhage) einzuladen, um die Voraussetzungen und sonstigen Bedingungen für Beschäftigungsverhältnisse mit Flüchtlingen zu besprechen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich Ausschuss-vorsitzender Koop bei Herrn Benken und den Zuhörern für die Teilnahme am öffentlichen Teil der Sitzung. Diese verlassen daraufhin die Sitzung. Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:00 Uhr.